

Trabrennbahn Karlshorst

PDS schwingt Peitsche für die Treuhand

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg
und Andreas Geisel, Bezirksstadtrat und Vorsitzender der SPD Lichtenberg

In der Sitzung der BVV Lichtenberg am 18.02.04 verließ die SPD-Fraktion unter Protest zusammen mit der CDU-Fraktion und den Bezirksverordneten der FDP den Saal und verweigerte die Abstimmung zur Festsetzung des Bebauungsplanes 11-14a zur Trabrennbahn Karlshorst.

Warum kam es zu diesem Eklat?

Erst am Freitag vor der BVV war den Bezirksverordneten die Dringlichkeitsvorlage – mit über 100 Seiten (!) – zugegangen. Nach über 2 Stunden heißer Diskussion hatte sich zudem die PDS-Fraktion einer Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung verweigert sowie den B-Plan mit ihrer absoluten Mehrheit durchgepeitscht. Wir und die anderen Parteien sahen deshalb keine weitere Möglichkeit, unseren Protest kund zu tun.

Worin lag die Dringlichkeit?

Weder die PDS-Fraktion noch die PDS-Bezirksamtsmitglieder konnten in der emotional geführten Debatte irgendeine Dringlichkeit schlüssig nachweisen, noch wollten sie die offensichtlichen Fehler des Bezirksamtes in der Vorlage zugeben.

Was sind die Hintergründe?

Als die BVV Lichtenberg im Jahre 2000 die Aufstellung des Bebauungsplanes (B-Plan) 11-14 beschloss, sollte die nördliche Fläche der Trabrennbahn in Baugelände umgewandelt werden, um mit den daraus erzielten Erlösen die Trabrennbahn zu erhalten bzw. notwendige Sanierungen vorzunehmen. Die Umwandlung in Bauland war kein Selbstzweck, etwa weil es zu wenig Baugrundstücke in Karlshorst gibt.

Worum ging es dem Bezirk?

Die öffentlichen Interessen lagen eindeutig auf dem Erhalt der Trabrennbahn sowie der dazugehörigen Infrastruktur, die auch vom gemeinnützigen Reitverein Karlshorst genutzt wird, und der Aufbringung der dafür notwendigen Finanzen. Dem Bezirk ging es dabei auch nicht primär um den Trabrennsport, denn der ist kommerziell. Es ging um die positiven Auswirkungen einer stabilen Infrastruktur für den Ortsteil Karlshorst (Hoffnung auf steigende Nachfrage). Keinesfalls sollte das Gelände im Herzen Karlshorsts jahrelangem Leerstand und Verfall preisgegeben werden. Als dieses B-Planverfahren im Jahre 2002 aufgeteilt wurde in die B-Pläne 11-14a (Bauland) und 11-14b (Trabrennbahn), versicherte das Bezirksamt der BVV auf Nachfrage, dass die notwendige Verknüpfung der o.g. Absichten (inklusive der Interessen des Reitvereins) selbstverständlich über einen städtebaulichen Vertrag gesichert werden würden. Jetzt liegt dieser städtebauliche Vertrag vor und man muss feststellen, dass die notwendige Verknüpfung der Interessen darin nicht enthalten ist. Es sind jetzt zwei völlig selbständige B-Plan-Verfahren, die unabhängig voneinander betrieben und beschlossen werden.

Was sind die Interessen des Reitvereins?

Die Interessen des Reitvereins Karlshorst e.V., dessen Reithalle dem Wohnungsbauprojekt der Treuhand Liegenschafts-Gesellschaft (TLG) weichen muss, gehen dahin, dass der zukünftige Investor des Wohnbauprojektes verpflichtet wird, eine neue Reithalle auf dem Gebiet der Trabrennbahn (B-Plan 11-14b) zu bauen.

Nur leere Versprechungen?

Wieder gab es jedoch nur (leere) Versprechungen der verantwortlichen PDS-Stadträte und der Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (PDS) für den Reitverein Karlshorst. Auch die Nutznießerin (ca. 20 Mio €) des B-Planes selbst – die TLG – konnte sich bisher nicht verbindlich zu einer Unterstützung des Reitvereins, der viele Kinder und Jugendliche betreut, durchringen. Ca. 1% der Gewinnsumme würden dafür ausreichen. Wir hätten uns eine Zusicherung dieser Art von der staatlichen Gesellschaft für den gemeinnützigen Reitverein gewünscht.

Wessen Interessen vertritt die PDS?

Es ist ein Skandal, dass die PDS nur die Interessen der TLG vertritt.

Wofür steht die SPD?

Wir als SPD Lichtenberg stehen hingegen für die öffentlichen Interessen des Bezirks Lichtenberg. Wenn staatliche Unternehmen schon so wenig Verantwortung für das Gemeinwohl zeigen, was will man dann von den Anderen erwarten? Die SPD jedenfalls hat sich von PDS-Bezirksamt und der Treuhand Liegenschafts-Gesellschaft nicht unter Druck setzen lassen, einer B-Plan-Festsetzung zuzustimmen, die auf einem nicht ausreichend ausverhandelten städtebaulichen Vertrag beruht. Schon gar nicht, weil am nächsten Tag eine Immobilienmesse begann, bei der die TLG schon einen Stand für dieses Vorhaben angemietet hatte!

Die SPD ist auch dem Druck der TLG über Kündigungsdrohungen an den Reitverein nicht gewichen. Seit wann lässt sich die BVV über Drohungen erpressen?

Am 13. Juni 2004 ist Europawahl!

Kultureller Kahlschlag in Lichtenberg? – Es bleibt bei Lippenbekenntnissen!

Solidaritätssitzung der SPD-Fraktion im Studio Bildende Kunst

von Kerstin Beurich, Vorsitzende und Kurt Hemmerlein, stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg

Bereits am 19.11.2003 hat die BVV Lichtenberg einstimmig beschlossen, dass das Studio Bildende Kunst bis zur Findung einer entgeltlichen Lösung zum Erhalt dieser – weit über den Kiez Frankfurter Allee Süd hinaus bedeutsamen – Kultureinrichtung im bisherigen Umfang vom Bezirksamt weiterbetrieben werden soll. Trotz dieses Antrages und so manchem Lippenbekenntnis der für Kultur zuständigen Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich (PDS) sind das Studio Bildende Kunst sowie zahlreiche andere bezirkliche Kultureinrichtungen nach wie vor in ihrem Fortbestand akut gefährdet. Die SPD-Fraktion fordert deshalb vom Bezirksamt Konzeptionen zum Erhalt dieser Kultureinrichtungen und sah sich deshalb veranlasst folgenden Antrag in der BVV am 25.02.04 zu stellen: „**Das Bezirksamt wird ersucht, aktiv und federführend die Erarbeitung von Konzepten zum Erhalt von Kultureinrichtungen des Bezirks voranzutreiben, um eine**

weitere Einschränkung der Lichtenberger Kulturvielfalt zu verhindern. Über den Erarbeitungsstand und die Bemühungen zum Erhalt der Kultureinrichtungen ist der BVV bis zur erfolgreichen Umsetzung des Konzeptes vierteljährlich Bericht zu erstatten. Für die unmittelbar von Schließung bedrohten Einrichtungen (Galerie Arcus, Studio Bildende Kunst, Musikschule Werneuchener Straße) sind der BVV die konzeptionellen Vorstellungen des Bezirksamtes in der Sitzung am 17.03.04 vorzulegen.“ Diesen Antrag bügelte die PDS-Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit – gegen die Stimmen von SPD, CDU und FDP – ab, nachdem der Vorsitzende des Kulturausschusses der BVV, Herr Prof. Hofmann, den Antrag als „überflüssig und entbehrlich“ bezeichnet hatte. Auch dem Wort der Bezirksbürgermeisterin kann man leider nicht mehr trauen. Letzter Stand ist der Zwischenbericht des Bezirksamtes aus der BVV am 21.01.2004.

Darin wird die Weiterarbeit des Studios nur noch bis zum 31.03.2004 angekündigt, unter der Voraussetzung, dass bis dahin eine Perspektive für die Angebote dieser Einrichtung erarbeitet worden ist. Und wenn es denn eine wirkliche Perspektive für den Weiterbetrieb jenseits des Bezirksamtes gäbe, hätte auch die SPD-Fraktion kein Problem mit dem Rückzug des Bezirksamtes zum 31.03.2004. Eine solche Lösung ist aber bisher nicht bekannt und wurde in der BVV auch nicht von der Bezirksbürgermeisterin vorgetragen. Wieder gab es nur ein Lippenbekenntnis, das letztlich nichts wert ist. Das Bezirksamt ist deshalb gemäß der Beschlusslage der BVV zum Weiterbetrieb verpflichtet. Alles andere wäre ein Skandal. Aus Solidarität mit dem Studio Bildende Kunst und den Anwohnern im Kiez Frankfurter Allee Süd hat die SPD-Fraktion Lichtenberg ihre Fraktionssitzung am 01.03.04 im Studio Bildende Kunst durchgeführt, um ein Zeichen zu setzen.

Lange Nacht der Museen

Der langen Nacht die lange Nase?

Zeigt das Bezirksamt Lichtenberg der langen Nacht der Museen die lange Nase? Diesen Eindruck hat man zumindest, wenn man die an der letzten langen Nacht am 31.01.2004 teilnehmenden Kultureinrichtungen des Bezirkes auflistet: KEINE! Die lange Nacht der Museen ist zweifelsohne eine der profiliertesten und meistbesuchtesten Kulturgroßveranstaltungen in Berlin. Es würde dem Bezirk Lichtenberg sehr gut zu Gesicht stehen, mit seinen hervorragenden Kultureinrichtungen daran teilzunehmen. Eine bessere Werbung für den Kulturstandort Lichtenberg kann es nicht geben. Wieder einmal hat das Bezirksamt eine Chance dazu vertan. Das war Grund genug für die SPD-

Fraktion Lichtenberg in der BVV am 25.02.04 folgende Anfragen an das Bezirksamt zu stellen: „**Wieso nahm das Mies-van-der-Rohe-Haus nicht an der Langen Nacht der Museen im Januar 2004 teil, obwohl es mit der Vorausstellung „Mies van der Rohes Tempel der Moderne“ in der Neuen Nationalgalerie einen exzellenten Anknüpfungspunkt gab?**“ und „**Wieso nahmen keine weiteren Kultureinrichtungen (Heimatemuseum, Galerien, etc.) an dieser Berliner Großveranstaltung teil, so dass eine Chance zur Image-Verbesserung unseres Bezirkes verpasst wurde?**“ Auf die Antworten darf man gespannt sein. Um solche „Totalausfälle“ zukünftig zu vermeiden, hat die SPD-Fraktion zu-

sätzlich folgenden Antrag gestellt, der mehrheitlich beschlossen wurde: „**Das Bezirksamt wird ersucht, auf eine Beteiligung der bezirklichen Kultureinrichtungen und insbesondere des Mies-van-der-Rohe-Hauses an der langen Nacht der Museen hinzuwirken.**“ Hoffen wir, dass es bei der nächsten langen Nacht der Museen am 28.08.2004 diesbezüglich Erfolge zu vermelden gibt. **dr, bs**

Impressum:
Herausgeber: SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein, B. Schymetzko